

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag setzt eine Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“ ein.

I. Ausgangslage

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 markierten einen großen Wendepunkt im internationalen Krisenmanagement Deutschlands. Kein anderes gewaltsames Ereignis zwischen dem Fall der Mauer und dem Überfall Russlands auf die Ukraine hatte mehr Auswirkungen auf die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland als die Terroranschläge auf die USA vor mehr als 20 Jahren. Als Reaktion auf den Angriff der Terrororganisation Al-Kaida auf die Vereinigten Staaten von Amerika wurde erstmals der NATO-Bündnisfall ausgerufen. Bundeskanzler Gerhard Schröder sicherte den USA im Bundestag uneingeschränkte Solidarität Deutschlands zu, Bundesaußenminister Joschka Fischer betonte, wenn schwere Verbrechen begangen werden, müsse durchgegriffen werden, das gelte „auch für die Weltinnenpolitik“. Für zwei Dekaden war Deutschland im Rahmen unterschiedlicher, vom Deutschen Bundestag und durch Kabinettsbeschlüsse mandatierte Einsätze und Missionen zum Kampf gegen den Terror und Stabilisierung des Landes in Afghanistan engagiert, wo die damals dort herrschenden Taliban der verantwortlichen Terrororganisation Al-Kaida Unterschlupf boten. Von Beginn an war das deutsche Engagement eng eingebunden in das der internationalen Staatenwelt. Dies erfolgte innerhalb der Strukturen und auf Grundlage von Resolutionen der Vereinten Nationen, vor allem aber im Rahmen der von der NATO organisierten und geführten Einsätze, an denen – neben den NATO-Mitgliedstaaten – eine Vielzahl weiterer Staaten teilnahmen. Diese Einsätze haben die internationale militärische Zusammenarbeit insbesondere innerhalb der NATO aber auch zwischen der NATO und weiteren Partnerstaaten intensiviert und auf eine neue politische Ebene gebracht. Das deutsche Engagement in seiner bisherigen Form endete mit dem Abzug der Bundeswehr und verbündeter Staaten im Sommer 2021, infolge des zwischen den USA unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump mit der Taliban-Führung verhandelten Doha-Abkommens und des von der Biden-Administration abgeschlossenen US-Truppenabzugs.

Die parlamentarische Aufarbeitung der Evakuierung aus Afghanistan wird Gegenstand des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode (Evakuierungsmission des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr – „Afghanistan“; Drucksache 20/2352) sein, den

die antragstellenden Fraktionen für erforderlich halten, weil mit der überstürzten Beendigung des internationalen Einsatzes Gefahren für Leib und Leben von Menschen in Afghanistan sowie außenpolitischer Schaden für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Partner verbunden war. Die Enquete-Kommission soll hingegen zur Aufgabe haben, das gesamte deutsche außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Engagement in Afghanistan zwischen 2001 und 2021 umfassend aufzuarbeiten. Ziel dieser umfassenden Aufarbeitung unter wissenschaftlicher Begleitung soll es sein, aus dem mehr als 20jährigen vielfältigen und in das internationale Engagement eingebetteten Einsatz Deutschlands in Afghanistan Lehren für das künftige militärische und zivile internationale Engagement Deutschlands und den Vernetzten Ansatz zu ziehen. Der Auftrag richtet sich daher sowohl auf die Aufarbeitung des militärischen als auch des zivilen Engagements in seiner Gesamtheit. In Bezug auf das militärische Engagement Deutschlands sollen die unterschiedlichen Phasen der Einsätze untersucht werden, d. h. der Beitrag im Kampf gegen den internationalen Terrorismus im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF), der Einsatz im Rahmen der Stabilisierungsmision International Security Assistance Force (ISAF) und die Resolute Support Mission (RSM). Die militärischen und die zivilen Instrumente, also intensive diplomatische und entwicklungspolitische Bemühungen, sollten sich im Rahmen des Vernetzten Ansatzes dabei gegenseitig ergänzen. Das zivile Engagement umfasste vielfältige und intensive internationale und entwicklungspolitische Bemühungen, um die afghanische Regierung bei der Schaffung nachhaltiger Sicherheit und Stabilität zu unterstützen und Ziele wie Armutsbekämpfung, wirtschaftliche Entwicklung, Förderung der Rechtsstaatlichkeit und die Verbesserung der Regierungsführung für Afghanistan zu erlangen.

Die Enquete-Kommission soll die unterschiedlichen Phasen des gesamten zivilen und militärischen deutschen Engagements in Afghanistan im Hinblick auf Zielsetzungen und Zielerreichungen analysieren. Insbesondere vor dem Hintergrund der sich innerhalb des mehr als 20jährigen Engagements kontinuierlich ändernden Zielsetzung, des Mittelaufwands und der im Laufe dieses Engagements zunehmenden Interdependenz zwischen militärischem und zivilem Engagement im Rahmen außen- und entwicklungspolitischer Maßnahmen soll hierbei auch die Analyse der Zielerreichung im Vordergrund stehen. Die Frage, warum die militärischen und zivilen Stabilisierungsmaßnahmen nach dem offenkundigen Erfolg des militärischen Einsatzes gegen die Gewaltherrschaft der Taliban zu Beginn des Einsatzes und die erfolgreiche Bekämpfung von Al-Kaida und anderer Terrornetzwerke nicht zu einer dauerhaften Befriedung des Landes beigetragen haben, ist hierbei Teil der Untersuchung.

Eine solche unabhängige und umfassende gemeinsame Aufarbeitung der deutschen zivilen und militärischen Beiträge ist notwendig, um Lehren für eine zukünftige Politik der strategischen Vorausschau, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung, Krisennachsorge und Stabilisierung sowie des Kampfes gegen den Terrorismus und des Aufbaus demokratischer und menschenrechtssichernder Strukturen zu formulieren. Dies ist zugleich eine Verpflichtung gegenüber den Soldatinnen und Soldaten, Polizistinnen und Polizisten, Diplomatinen und Diplomaten sowie Mitarbeitenden von humanitären Hilfsorganisationen und der Entwicklungszusammenarbeit, die im Auftrag von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in einen äußerst fordernden und riskanten Einsatz entsandt wurden.

Kernelement des internationalen militärischen und zivilen Handelns Deutschlands ist der Vernetzte Ansatz, dessen konzeptionelle Genese und Fortentwicklung durch das deutsche Engagement in Afghanistan maßgeblich geprägt wurde. Dieser umfasst die Koordinierung und Abstimmung von militärischen, polizeilichen, diplomatischen, entwicklungspolitischen und humanitären Ressourcen, die gebündelt, zielgerichtet und somit optimiert eingesetzt werden sollen. Besonders sind das Ineinandergreifen und die Wechselwirkungen der folgenden Säulen zu betrachten:

1. Sicherheit und Stabilisierung: Kampf gegen den Terror, militärische Stabilisierung und Schaffung eines sicheren Umfeldes, Aufbau leistungsfähiger afghanischer Streit- und Sicherheitskräfte
2. Friedensförderung: diplomatisches Engagement, regionale Einbindung, Unterstützung des Friedensprozesses und der zivilen Konfliktbearbeitung, Versöhnung
3. Staatsaufbau, Gute Regierungsführung und Instrumente der Demokratieförderung
4. Drogen- und Korruptionsbekämpfung
5. Wiederaufbau und Entwicklung

Dabei soll auch die Interaktion zwischen verschiedenen Akteuren auf lokalen, regionalen, multinationalen und internationalen Ebenen, die Wahl der Kooperationspartner, die zivil-militärische Zusammenarbeit sowie die Kohärenz von Führungs-, Koordinations- und Verantwortungsstrukturen betrachtet werden.

Die in Afghanistan erreichten sicherheitspolitischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, rechtlichen und humanitären Fortschritte sind seit der Machtübernahme durch die Taliban massiv bedroht und in einigen Fällen bereits rückgängig gemacht worden. Die selbst gesteckten Ziele sind teils nicht erreicht worden. Die Erfahrung des Afghanistan-Einsatzes ist deshalb auch ein schwerer Einschnitt für das internationale Handeln der Bundesregierung und den Grundsatz des Vernetzten Ansatzes. Gleichzeitig bleibt der Vernetzte Ansatz auch weiterhin Leitlinie des Engagements der Bundesregierung im internationalen Krisenmanagement.

Eine vorausschauende Politik sollte in ihren Entscheidungen Lehren aus dem Erfahrungsschatz des Engagements in Afghanistan ziehen und so das Möglichste tun, um Fehler, Fehlentwicklungen und konzeptionelle sowie systemische Probleme in der Zukunft zu vermeiden. In diesem Sinne soll die Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“ das Engagement in Afghanistan interdisziplinär analysieren und – u. a. aber nicht ausschließlich – auf dieser Grundlage Lehren für den Vernetzten Ansatz entwickeln und – wo nötig – Empfehlungen für eine Anpassung und Weiterentwicklung erarbeiten. Hierzu soll die Enquete-Kommission auch Vorschläge zur Entwicklung, Ergänzung und Weiterentwicklung von Standards und Systematiken zur laufenden und zukünftigen Evaluierung von Einsätzen erarbeiten.

Auf Grundlage der Erfahrungen in Afghanistan soll die Enquete-Kommission Vorschläge für eine effiziente, kohärente und umfassende Kooperation und Kommunikation zwischen den beteiligten Ressorts erarbeiten. Die Enquete-Kommission soll auch den Austausch mit wichtigen internationalen Partnerinnen und Partnern suchen, insbesondere aus EU und NATO, den G7, UN-Organisationen, den vor Ort tätigen Entwicklungsbanken sowie wichtigen bilateralen Partnern und dort, wo schon Aufarbeitungen stattgefunden haben, diese in die Analyse der Enquete-Kommission einbeziehen. Auch Schlussfolgerungen für den Informationsaustausch und die Kooperation auf internationaler und europäischer Ebene sollen gezogen werden.

In begründeten Fällen muss die Enquete-Kommission Zugang zu regierungsinternen Dokumenten haben. Die Bundesregierung wird aufgefordert zu prüfen, welche Dokumente aus der Einstufung genommen werden und der Enquete-Kommission zur Verfügung gestellt werden können.

II. Auftrag

Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission – unabhängig von und zusätzlich zu aktuellen Gesetzgebungsverfahren und Parlamentsbeschlüssen –, den Vernetzten Ansatz am Beispiel des Engagements in Afghanistan und dabei insbesondere die Einsätze der Bundeswehr sowie die damit verbundenen Herausforderungen

zu untersuchen und Lehren aus dem zwanzigjährigen Engagement in Afghanistan aufzuarbeiten, auch, um daraus Schlüsse für das laufende und künftige internationale militärische und zivile Engagement Deutschlands zu ziehen:

A. Aufarbeitung Afghanistan-Engagement

Handlungsleitende Strategien und Interessen

- Darstellung der Gesamtstrategie in den jeweiligen Phasen des Engagements
- Koordination und Einbettung der deutschen Vorgehensweise in das Engagement der internationalen Staatengemeinschaft
- Herausarbeitung der handlungsleitenden nationalen und internationalen Interessen, die die genannten Gesamtstrategien motiviert haben
- Bewertung der Ausgangsbedingungen, inkl. der Petersberger Konferenz im Dezember 2001

Zielsetzung der militärischen Einsätze sowie des zivilen Engagements in seinen verschiedenen Facetten

- Definition der Ziele
- Identifikation von Zielkonflikten
- Beurteilung der realistischen und abschbaren Erreichbarkeit der Ziele
- Beurteilung der Abstimmung und Koordination von Zielen mit lokalen, regionalen und internationalen Partnern

Anpassung der Ziele und fortlaufende Überprüfung des Engagements

- Überprüfung, Anpassung oder Neudefinition der Ziele mit Blick auf zeitliche und situationsbedingte Veränderungen
- Überprüfung von Monitoring und Evaluierung des Engagements sowie des gesamtstaatlichen Lagebilds in Afghanistan
- Überprüfung der bereitgestellten Ressourcen, ihrer Angemessenheit und Wirkung
- Überprüfung der Mechanismen der Zusammenarbeit im internationalen und multilateralen Rahmen
- Interdependenz der verschiedenen Evaluierungs- und Zielformulierungen innerhalb der Bundesregierung und mit lokalen und internationalen Partnern

Verwendete Instrumente

- Analyse der unterschiedlichen außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Instrumente in den spezifischen Umständen Afghanistans und ihrer Einsetzbarkeit
- Analyse der verwendeten nationalen Instrumente und Kapazitäten im multinationalen Kontext sowie der dazu möglicherweise fehlenden Fähigkeiten
- Entwicklung der Instrumente im Laufe des Engagements und Analyse ihrer Anpassungsfähigkeiten an die Spezifika des Engagements und die Zielbenennung
- Überprüfung der Anforderungen an Personal, der einsatzvorbereitenden Ausbildung – einschließlich der interkulturellen Kompetenz – der zu entsendenden Personen, der Auswirkungen von Fluktuation sowie der Rolle von lokalem Personal
- Einschätzung der Auswirkungen des Engagements auf die Aufstellung, Organisation und Arbeitsweise der beteiligten Instrumente des deutschen außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Handelns (darunter die Langzeitfolgen von psychischen Einsatzschäden)
- Frage nach möglichen politischen Limitierungen der Rahmenbedingungen für die Auftrags Erfüllung und Zielerreichung der handelnden Organisationen und Instrumente vor Ort und die Auswirkungen auf die Zielerreichung

Organisation der Einsätze

- Organisation und Abstimmungsmechanismen der Einbettung des deutschen Engagements in das der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere der VN und NATO
- Organisation und laufende Anpassung der Strukturen, Umfänge, Fähigkeiten und Mittel inkl. einer übergeordneten/zentralen Führung/Koordination des Engagements
- Zusammenspiel und Kommunikation der beteiligten Ressorts, nachgeordneter Behörden und Nachrichtendienste
- Organisation der Verantwortlichkeiten/Zuständigkeiten und der internationalen Koordination/Abstimmung

Fortgang und mögliches Ende der Einsätze

- Messung und Parameter der Zielerreichung, Wirkungsindikatoren
- Definition möglicher Abbruchkriterien, Zeitpunkte und Strategien
- Analyse der Interdependenzen nationaler Entscheidungen und Entscheidungsabläufe mit denen internationaler Partner und Organisationen

B. Lehren für Deutschlands vernetztes Engagement

Potential und Grenzen des Vernetzen Ansatzes

- Analyse der Spezifika Afghanistans zur Einordnung der Rückschlüsse auf die Wirksamkeit des Vernetzen Ansatzes
- Sicherheit und Stabilität, Demokratie, Pluralismus, Menschenrechte, individuelle Grundrechte, Teilhabe aller etc. zu verankern und durchzusetzen
- Handlungsmöglichkeiten zwischen werte- und interessengetriebenem internationalem Handeln
- Zeitfaktor und Zeithorizonte, kurzfristige versus langfristige Instrumente und Bedarfe sowie ihre Kostenfaktoren
- Aufgabenteilung, Kooperation, Rolle von Prävention, Stärkung von Resilienz und menschlicher Sicherheit
- Chancenpotentiale und Best-Practice-Beispiele
- Empfehlungen für mögliche begrenzte Szenarien für rein sicherheitsbezogene Engagements, wenn es die Lage erfordert

Aufbau von Institutionen

- Handlungsempfehlungen zum Aufbau funktionsfähiger Institutionen, Verwaltungen und Entscheidungsstrukturen (lokal, regional, national), die auf der Erwartungshaltung der Betroffenen basieren
- Analyse des Einflusses formeller und informeller politischer Strukturen Afghanistans
- Sicherheitssektorreform, Finanzierung, Aufbau und Unterstützung von Streit- und Sicherheitskräften, Stärkung der demokratischen Kontrolle
- Analyse der Wirksamkeit des Aufbaus von Sicherheitskräften
- Handlungsempfehlungen zur Verhinderung und Prävention von Korruption in afghanischen Institutionen und im internationalen Engagement
- Bedeutung und Rolle von bilateraler und internationaler finanzieller Unterstützung und Geberkoordination, insbesondere bei schwachen staatlichen Partnerstrukturen
- Stärkung parlamentarischer, zivilgesellschaftlicher und auch privatwirtschaftlicher Institutionen sowie unabhängiger Medien

Stärkung und Berücksichtigung von Frauen und Mädchen

- Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Frauen- und Mädchenförderung, auch mit Blick auf die Wahrung und Gewährleistung von Rechten
- Handlungsempfehlung für die stärkere Berücksichtigung der Rolle von Frauen als tragende Akteurinnen des vernetzen Engagements

Zielsetzung, Analyse und Evaluation

- Handlungsempfehlungen zur Definition einsatzspezifischer Zielsetzungen des Vernetzen Ansatzes
- Erarbeitung von operationalisierbaren Parametern für die Evaluierung der mit dem Vernetzten Ansatz verknüpften Ziele, inkl. kontextbezogener realistischer Zeithorizonte, Zielindikatoren für die unterschiedlichen Zeitpunkte und Aspekte des Vernetzten Ansatzes, auch im Hinblick auf die eingesetzten Ressourcen
- Erarbeitung von interdisziplinären und umfassenden Analysemechanismen
- Evaluierung der „Fortschrittsberichte Afghanistan“ auf ihren Nutzen für die Zielsetzung, Analyse und fortlaufende Evaluation des Engagements
- Parlament und Öffentlichkeit: Information des Parlaments und strategische Befassung in den Ausschüssen des Deutschen Bundestags, Nutzung der zur Verfügung stehenden Informationsquellen
- Bedeutung von möglichem Phänomen des Groupthink
- Handlungsempfehlungen für die Entwicklung von Exit-Strategien, auch für Teilkomponenten; notwendige Rahmenbedingungen für Fortsetzung ziviler Maßnahmen bei Beendigung der militärischen Komponente, Rolle von zivilem „stay engaged“ für Stabilisierung und Stabilität
- Vorschläge zur zielgerichteten Einbindung des Parlaments in die strategische Ausgestaltung des vernetzen Engagements

Zusammenspiel mit dem von Deutschland praktizierten Vernetzten Ansatz mit anderen Akteuren

- Analyse von Systemen und Aspekten des vernetzen Engagements bei Verbündeten und multilateralen Organisationen
- Identifikation von Synergien und Konfliktpunkten

Zusammenwirken der unterschiedlichen Aspekte des Vernetzten Ansatzes

- Identifikation und Analyse von Kippunkten, die eine Neubewertung der benötigten Ressourcen und Strategien verlangen
- Wechselwirkungen zwischen nichtmilitärischen und militärischen Aspekten des Vernetzten Ansatzes
- sicherheitspolitische Grundvoraussetzungen für erfolgreiches nichtmilitärisches Engagement
- positive und negative Auswirkungen nicht-militärischer Aspekte auf Sicherheit und Stabilität

Interaktion mit internationalen Akteuren, Bündnissen und den Staaten der Region

- Interessenlagen und Engagement der zentralen NATO-Partner und seine Auswirkungen auf die Entwicklung Afghanistans und das deutsche Engagement
- Interessenlage und Einflussnahme der regionalen Staaten, insbesondere Pakistans, auf die Entwicklung Afghanistans und die Chancen eines erfolgreichen Engagements der Staatengemeinschaft
- Interessenlage und Einflussnahme bedeutsamer globaler staatlicher Akteure auf die Entwicklung Afghanistans und die Chancen eines erfolgreichen Engagements der Staatengemeinschaft

- Entscheidungsmechanismen und -dynamiken innerhalb der NATO bzgl. der Ziele und des Engagements des Bündnisses in Afghanistan
- Erwartungen an Deutschland und Rolle Deutschlands innerhalb des Engagements der internationalen Staatenwelt in Afghanistan und ihre Rückwirkungen auf die Formulierung deutscher Ziele und Strategien
- limitierende Faktoren für die deutsche Beteiligung innerhalb des Engagements der internationalen Staatenwelt

Interaktion mit der lokalen Bevölkerung und lokalen Governance-Strukturen

- Identifikation von Mechanismen zu zielführenden Ansätzen und konstruktiv-kooperativen Entscheidern mit Blick auf die Rolle und Funktion lokaler, regionaler und auch nationaler Machtstrukturen
- Erarbeitung praxisnaher Mechanismen zur Rückkopplung von Erfahrungen/Ansprüchen/Erwartung vor Ort und in der Lokalbevölkerung in die weitere Ausgestaltung von Einsätzen, auch auf höheren Führungsebenen
- Bedeutung und Potential von Partizipation sowie lokalen und regionalen Ansätzen für die unterschiedlichen Komponenten des vernetzten Engagements
- Beurteilung der Notwendigkeit und des Ausmaßes von Mechanismen zur Herstellung von Flexibilität in der militärischen und zivilen Unterstützung

III. Handlungsempfehlungen

Die Enquete-Kommission soll ein Ort sein, an dem Politikerinnen und Politiker gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern am Engagement beteiligter Institutionen, Expertinnen und Experten mit dem Einsatz befasster Institutionen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den relevanten Fachrichtungen Stärken und Schwächen des deutschen militärischen und zivilen Engagements sowie das Zusammenspiel dieser im Rahmen des Vernetzen Ansatzes – vor dem Hintergrund des Engagements in Afghanistan – aufarbeiten, Vorschläge aus Praxis, Forschung, Zivilgesellschaft und der Gesellschaft aufgreifen, und konkrete Impulse und Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger entwickeln. Die Enquete-Kommission soll auf Basis ihrer Untersuchungsergebnisse den staatlichen Handlungsbedarf national, auf europäischer Ebene und international benennen.

IV. Zusammensetzung und Öffentlichkeit

Der Enquete-Kommission gehören zwölf Mitglieder des Deutschen Bundestages und zwölf Sachverständige an. Die Fraktion der SPD benennt drei Mitglieder, die Fraktion der CDU/CSU drei Mitglieder, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwei Mitglieder, die Fraktion der FDP zwei Mitglieder, die Fraktion der AfD ein Mitglied und die Fraktion DIE LINKE. ein Mitglied.

Für jedes Mitglied des Deutschen Bundestages kann ein stellvertretendes Mitglied benannt werden. Die Sachverständigen werden im Einvernehmen der Fraktionen benannt. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, so benennen sie die Fraktionen nach dem vorgenannten Schlüssel.

Die laufende Erkenntnisgewinnung sowie die Ergebnisse der Enquete-Kommission sollen der Öffentlichkeit in geeigneter Form zugänglich gemacht werden, die den Notwendigkeiten, die sich aus besonders schutzbedürftigen Informationen und Erkenntnissen ergeben, Rechnung trägt. Zudem sollen eine Website und andere geeignete digitale Kanäle Informationen, Dokumente etc. multilingual bereitstellen. Dies kann die Rückkopplung u. a. an die afghanische Zivilgesellschaft und unsere internationalen Partnerinnen und Partner erleichtern.

Um die Lernchancen der Aufarbeitung bestmöglich zu nutzen, soll die Enquete-Kommission Vorschläge erarbeiten, wie in angemessenem zeitlichem Abstand die Umsetzung der Empfehlungen verfolgt werden kann.

V. Zeitplan

Die Enquete-Kommission soll sich unverzüglich konstituieren und spätestens nach der parlamentarischen Sommerpause 2024 ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen.

Berlin, den 5. Juli 2022

Dr. Rolf Mützenich und Fraktion
Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion
Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion
Christian Dürr und Fraktion